



Juan Guaidó.: Venezuelas selbsternannter Präsident bei einer Rede in Caracas.
Foto: Getty Images / Bloomberg.

Schweizer Medien-Liebling: Putschistenführer Juan Guaidó.

Irren sich die Linken wirklich?

Wer gegen den laufenden Putsch in Venezuela ist, wird von Rechten und Medien als „*ewiggestriger Revolutionsromantiker“ gezeißelt. Höchste Zeit für ein paar Fakten.

Die Schweizer Presse verbreitet fast durchgängig die Ansicht, Hugo Chávez und sein Nachfolger Nicolás Maduro hätten mit ihrer linken Politik das einst blühende Venezuela in den Bankrott geführt. Letzte Hoffnung für die verzweifelte Bevölkerung sei deshalb Juan Guaidó, der sich selbst zum Interimspräsidenten ernannt hat. „Zu Recht“ („Tages-Anzeiger“) hätten ihn deshalb die USA, Kanada und Venezuelas rechtsradikal regierte Nachbarn Brasilien und Kolumbien postwendend als legitimen Präsidenten anerkannt. Genau wie alle grossen EU-Staaten (Ausnahme: Italien), die von Maduro ultimativ Neuwahlen forderten. Das allerdings hatten sie mit ihrem Hoffnungsträger Guaidó nicht genau abgesprochen. Denn mit Washington im Rücken, allenfalls auch mit US-Soldaten, will er Maduro vertreiben – aber nicht über Wahlen verhandeln oder gar einen Dialog mit der Regierung eröffnen. Diese von Mexiko und Uruguay vorgeschlagene und möglicherweise nichtkriegerische Lösung ist vorerst vom Tisch.

Rechte Betrüger im Parlament

Dabei ist die internationale Anerkennung Guaidós völkerrechtlich fragwürdig. Das sagt zum Beispiel der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages (nachzulesen: www.amerika21.de). Derartige Bedenken sind den Guaidó-Bewunderern aber keine Zeile wert. Begründung für diese Ignoranz: Maduro selbst habe ja das Recht gebrochen, als er das nationale Parlament entmachtet habe, auf das sich Guaidó bei seiner Selbsternennung beruft. Walter Suter, der ehemalige Schweizer Botschafter in Venezuela, erinnert sich da allerdings besser. Zu Work sagt er: „Das oberste Gericht hat verlangt, dass vier Abgeordnete wegen Wahlbetrugs ausgeschlossen werden müssten, ein Maduro-Mann und drei rechte Oppositionelle. Der Maduro-Mann verschwand, die drei Oppositionellen blieben im Parlament.“ Daraufhin habe das Gericht das Parlament für illegitim erklärt. Würde sich die Opposition also an das Recht halten, hätte Venezuela sofort ein legitimes Parlament. Und in diesem Parlament die Maduro-Gegner die Mehrheit.

Schreckliche Figuren als Paten

Nassforsch gehen die Medien auch mit dem Argument um, es gehe Washington allein um das venezolanische Erdöl. Dazu sei kein Regimewechsel nötig, heisst es. Denn aller politischer Gegensätze zum Trotz gingen mehr als ein Drittel der venezolanischen Ölexporte in die USA. Nur: Leuten wie US-Präsident Donald Trumps Sicherheitsberater John Bolton reicht das noch nicht. Es sei „ökonomisch ein grosser Unterschied“, erklärte Bolton, „wenn US-Konzerne in Venezuela bald wieder investieren und produzieren könnten.“

Geradezu „niederträchtig“, meint der „Tages-Anzeiger“, sei der Versuch, Guaidó jetzt schon mit den mörderischen Generälen gleichzusetzen, welche die USA in der Vergangenheit in Lateinamerika an die Macht gebracht haben. Etwa mit Pinochet in Chile. Für den selbsternannten venezolanischen Präsidenten - Guaidó soll sprechen, dass er noch vor wenigen Wochen relativ unbekannt unter den Oppositionellen des Landes war und offenbar zweitrangig – selbst in seiner eigenen Partei, der rechtsradikalen „Voluntad popular“ (Volkswille).

Guaidó persönlich hat auch kein Problem damit, sich enger Verbindungen zu schrecklichen Figuren der Trump-Regierung zu erfreuen. Der schlimmste Finger unter ihnen ist Elliot Abrams. Bereits in den 1980er Jahren wirkte der als Pate der nicaraguanischen Contras, einer von den USA und Weltkonzernen finanzierten Söldnertruppe. Später wurde Abrams verurteilt, weil er US-Parlamentarier über seine Rolle im dortigen Bürgerkrieg (Iran-Contra-Affäre) belogen hatte. Danach tauchte er als Freund von Guatemalas mörderischem Präsidenten Ríos Montt wieder auf. Schliesslich soll Abrams einer der Drahtzieher des 2002 fehlgeschlagenen Putsches gegen Chávez gewesen sein. Kein Witz: Ausgerechnet dieser Mann dient heute Präsident Trump als „Beauftragter für die Wiederherstellung der Demokratie in Venezuela“.

Blinde Linke?

Das vielleicht stärkste Argument der Gegnerinnen und Gegner von Chávez und Maduro: Sie hätten sich in

ihrer Wirtschaftspolitik allein auf die Ölexportgewinne verlassen und so wenig wie frühere Regierungen für eine Diversifikation der Produktion gesorgt. Ex-Botschafter Suter weiss aber, dass sich Chávez des Dilemmas sehr wohl bewusst war. Er habe jedoch entschieden, zuerst eine „soziale Schuld“ abzutragen: Mindestens ein Viertel der Bevölkerung lebte trotz der milliardenschweren Ölgewinne im Elend. Das änderte er mit seinen Sozialprogrammen, mit der Umverteilung des Reichtums zugunsten der Armen. Nach einer Wiederwahl wollte er den Schwerpunkt auf die Verbreiterung der nationalen Produktion legen. Das kündigte er 2012 im „plan de la patria“ (Plan für das Vaterland) an. Doch 2013 starb Chávez, dann zerfiel international der Ölpreis, und dann begannen die US-Sanktionen dramatisch zu wirken. Mag sein, dass unter dem neuen Präsidenten Maduro auch die Korruption wieder anwuchs, meint alt Botschafter Suter. Tatsache sei aber, dass den Chavisten die Mittel fehlten, um jetzt den Plan umzusetzen.

Venezuela: Kurz gefasst

Venezuela ist knapp doppelt so gross wie Frankreich und hat 31 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Das Land verfügt über die weltweit grössten nachgewiesenen Erdölreserven. Die Exporteinnahmen ermöglichten einen Rentenskapitalismus, in dem weit mehr als die Hälfte der Güter des täglichen Bedarfs importiert wurden. Mit dem Versprechen, den Reichtum des Landes neu zu verteilen, siegte der Offizier und Sozialist Hugo Chávez 1998 bei den Präsidentschaftswahlen. Seine Sozialprogramme schafften ihm die erbitterte Gegnerschaft der Elite, aber auch derartige Popularität, dass Putschversuche (2002, mit Beteiligung der USA und Spaniens), Managementstreiks in der Ölindustrie oder Steuerstreiks scheiterten.

Boycott

Nach Chávez' Tod (2013) übernahm Vizepräsident Nicolas Maduro. Er gewann 2014 die Präsidentschaftswahlen. Radikal sinkende Staatseinnahmen (Zerfall des Ölpreises seit 2008) und die Auswirkungen des von den USA initiierten Wirtschaftsboykotts führten zur jetzigen Krise. Diese möchte der selbsternannte Präsident und US-Hoffnungsträger Juan Guaidó nun nutzen, um an die Macht zu kommen, allenfalls auch mit US-Soldaten.

Michael Stötzel.

Work, 15.2.2019.

Personen > Stoetzel Michael. Venezuela. Putsch. Work online, 2019-02-14